

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Migration am 17.06.2010

Sitzungsort: Rathaus Uhlstraße 3, Sitzungszimmer A 013

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.50 Uhr.

Vorsitz führte: Jung

Stimmber. Mitglieder

<input checked="" type="checkbox"/>	Dr. F. Immenkeppel	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Simons	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Stilz (stv. Vors.)	CDU
<input type="checkbox"/>	Dr. Dahm	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Kirf (SK)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Merscheid (SK)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Falkenstein (SK)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Jung, H. (Vors.)	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Weitz	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Rader (SK)	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Niclasen	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/>	vom Hagen, A. (SK)	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/>	Wehr	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	Bohlken	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Behr (SK)	LINKE

Beratende Mitglieder

<input checked="" type="checkbox"/>	Fahrenberger	Obdachlosenb.
<input type="checkbox"/>	Duda	Vertr. Spätaussiedler
<input checked="" type="checkbox"/>	Weidner	Init.f.Völkerverständ.

Verwaltung

<input checked="" type="checkbox"/>	Freytag
<input checked="" type="checkbox"/>	Gérard
<input checked="" type="checkbox"/>	Rampe
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	

Schriftführerin

Rempe

Gäste

<input checked="" type="checkbox"/>	Dr. med. Schuba
<input checked="" type="checkbox"/>	Frau Lüdtke-Glock
<input type="checkbox"/>	Gesundheitsamt REK
<input checked="" type="checkbox"/>	Frau Petzold
<input type="checkbox"/>	SKFM, Beratungsstelle
<input type="checkbox"/>	Lupinenweg

Stellv. stimmber. Mitglieder

<input type="checkbox"/>	Boley	CDU
<input type="checkbox"/>	Dahmen	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Ehrenstein	CDU
<input type="checkbox"/>	Fischer	CDU
<input type="checkbox"/>	Gerharz	CDU
<input type="checkbox"/>	Hans	CDU
<input type="checkbox"/>	Hepp	CDU
<input type="checkbox"/>	Hosmann	CDU
<input type="checkbox"/>	Klug	CDU
<input type="checkbox"/>	Köllejan	CDU
<input type="checkbox"/>	Küster	CDU
<input type="checkbox"/>	Meeth	CDU
<input type="checkbox"/>	Pohl	CDU
<input type="checkbox"/>	Poschmann	CDU
<input type="checkbox"/>	Pütz	CDU
<input type="checkbox"/>	Rau	CDU
<input type="checkbox"/>	Vetterling	CDU
<input type="checkbox"/>	Vogel	CDU
<input type="checkbox"/>	Richter	SPD
<input type="checkbox"/>	Berg	SPD
<input type="checkbox"/>	Blanke	SPD
<input type="checkbox"/>	Grafe	SPD
<input type="checkbox"/>	Jung, E.	SPD
<input type="checkbox"/>	Klein	SPD
<input type="checkbox"/>	Dr. Petran	SPD
<input type="checkbox"/>	Vilkman	SPD
<input type="checkbox"/>	Weesbach	SPD
<input type="checkbox"/>	Rashid (SK)	SPD
<input type="checkbox"/>	Eiben (SK)	SPD
<input type="checkbox"/>	Sass (SK)	Grüne
<input type="checkbox"/>	Bortlitz-Dickhoff	Grüne
<input type="checkbox"/>	vom Hagen	Grüne
<input type="checkbox"/>	Konertz	Grüne
<input type="checkbox"/>	Mäsgen	Grüne
<input type="checkbox"/>	Dr. Tieke	Grüne
<input type="checkbox"/>	Weber	Grüne
<input type="checkbox"/>	Brämer	FDP
<input type="checkbox"/>	Müller-Neimann	FDP
<input type="checkbox"/>	Pitz	FDP
<input type="checkbox"/>	Schmucker (SK)	FDP
<input type="checkbox"/>	Baule	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Mainzer	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Schmitz	fw/bVb
<input type="checkbox"/>	Strobl-Sauer (SK)	LINKE
<input type="checkbox"/>	Riedel	LINKE
<input checked="" type="checkbox"/>	Sauer	LINKE

Stellv. beratende Mitglieder

<input checked="" type="checkbox"/>	Wolf	Spätaussiedler
<input type="checkbox"/>	Saß-Blauhut	Init.f.Völkerverst.
<input type="checkbox"/>	Saidi	ABR
<input type="checkbox"/>	Yildirim	ABR

Tagesordnung

TO-Pkt.	Gegenstand	Seite	Vorlagen-Nr.
	A) Öffentlicher Teil		
1	Niederschrift vom 22.04.2010	3	
2	Beratungs- und Betreuungsstelle des SKFM Lupinenweg <u>hier:</u> Jahresbericht 2009 Referentin: Frau Petzold	3 – 5	118/94 t
3	Antrag	5	
3.1	Vorstellung der Arbeit des Gesundheitsamtes des Rhein-Erft-Kreises gegen Alkoholmissbrauch <u>hier:</u> Antrag der Grünen-Fraktion vom 15.04.2010 <u>Bezug:</u> SoMiA 22.04.2010	5 – 7	31/10 31/10 a
4	Mitteilungen	8	
4.1	Jahresbericht 2009 der Fachberatungsstelle des SKFM für allein stehende Wohnungslose gem. § 67 ff. SGB XII im Rhein-Erft-Kreis	8	18/04 a
4.2	Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende ab dem 01.01.2011	8	28/10
4.3	1. Demenzwoche im Rhein-Erft-Kreis <u>hier:</u> Auswertung der Zukunftswerkstatt	8	29/10
4.4	Pflegeberatung nach § 4 Landespflegegesetz <u>hier:</u> Beratungsdokumentation vom 01.07. – 31.12.2009	8	98/98 f
4.5	Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten	9	40/02 n
5	Anfragen	9	
5.1	Sachstand Mehrgenerationenhaus in Brühl <u>hier:</u> Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)	9	
	B) Nichtöffentlicher Teil		
6	Anfragen - keine -	10	
7	Mitteilungen - keine -	10	

Vorsitzender Jung (SPD) begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und eröffnet die Sitzung.

Er begrüßt darüber hinaus die eingeladenen Referenten Dr. med. Schuba und Lüdtklock vom Gesundheitsamt des Rhein-Erft-Kreises sowie Frau Petzold von der Beratungsstelle des SKFM Frechen, Lupinenweg und den Vertreter der Presse.

Er gibt weiter bekannt, dass durch die vorgenommene Organisationsänderung des Bürgermeisters in der Verwaltung eine neue Zuordnung der Fachabteilungen erfolgt sei, und stellt den Mitgliedern Herrn Gérard als Fachbereichsleiter für Ordnung und Soziales vor.

Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig bei allen Mitgliedern eingegangen ist und fragt diese, ob Änderungs- oder Erweiterungswünsche zur Tagesordnung vorliegen.

- keine –

A) Öffentlicher Teil

1. Niederschrift vom 22.04.2010

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 22.04.2010 werden keine Einwände und Bedenken von den Mitgliedern erhoben.

2. Beratungs- und Betreuungsstelle des SKFM Lupinenweg

hier: Jahresbericht 2009

Referentin: Frau Petzold

Vorlagen-Nr.: 118/94 t

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Tätigkeitsbericht der Beratungs- und Betreuungsstelle des SKFM e.V. Frechen für das Jahr 2009 zur Kenntnis.

Vorsitzender Jung (SPD) erteilt Frau Petzold das Wort.

Frau Petzold gibt einen komprimierten Bericht über ihre Tätigkeiten und Aufgabenschwerpunkte im Berichtsjahr 2009 ab.

Sie gibt darüber hinaus bekannt, dass sie mit Wirkung zum 31.05.2010 nicht mehr in der Beratungsstelle Lupinenweg tätig ist und die Nachbesetzung ihrer Stelle durch den SKFM noch vakant ist.

Frau Petzold sagt weiter, dass durch das begrenzte Stunden- und Betreuungsangebot, welches die zu besetzende Stelle in Nachfolge weiter beinhaltet, die Freizeit- und Beratungsangebote in der Beratungsstelle auch nur begrenzt möglich waren und zukünftig sein werden. Dieses war und ist nicht immer vorteilhaft im Hinblick auf die teilweise problematischen Lebensverhältnisse der Bewohnerinnen und Bewohner in den Obdachlosenunterkünften Lupinenweg.

Das Vorhalten von Aktivitäten zur Förderung der Gemeinschaft und des besseren Verständnisses unter den Bewohnern hat ebenfalls durch die reduzierte Anwesenheitszeit gelitten. So können keine größeren Freizeitaktivitäten (z.B. Wochenendfreizeiten) mehr geplant und durchgeführt werden.

Es konnte auch kein Arzt mehr gefunden werden, der vor Ort den Bewohnern seine medizinischen Dienste anbietet. Das wäre, so Frau Petzold, auch letztlich nicht so gravierend, da alle Bewohner krankenversichert seien und somit ärztlich versorgt werden könnten.

...

Frau Petzold erwähnt, dass die Arbeit nur durch eine gelungene Vernetzung mit anderen Trägern, Institutionen in Brühl zu leisten und sehr hilfreich bei der Lösung von anstehenden Problemen war. Sie erzählt den Mitgliedern von einer aktuellen Falllösung, die für die betreffende Person durch die Vernetzungen positiv zum Abschluss gebracht werden konnte.

Ratsherr Weitz (SPD) möchte wissen, welche Gründe (natürliche Fluktuation, konkrete, durchgreifende Hilfsangebote) für die starke Abnahme der Einweisung von Bewohnern im Alter von 18 bis 25 Jahren in den Lupinenweg sprechen.

Frau Petzold sagt, dass es sich hierbei um eine natürliche Fluktuation handelt.

Abteilungsleiter Rampe (32/3) teilt mit, dass überlegt wurde, mit vorgehaltenen Förderprogrammen für den genannten Personenkreis zu arbeiten, um die Problematik in den Obdachlosenunterkünften besser steuern zu können.

Davon ist man in der Verwaltung jedoch nach Sichtung der Förderprogramme wieder abgekommen und sei nun dazu übergegangen, jede obdachlose Person, die vorspricht und um Aufnahme in die Unterkünfte bittet, hinsichtlich des vorgebrachten Anliegens näher zu be- und durchleuchten.

Eine Zuweisung in Einzelzimmer der Obdachlosenunterkünfte erfolgt nur noch in Einzelfällen, obdachlose Personen werden grundsätzlich in einem Zimmer untergebracht, welches mit einem Etagenbett bestückt ist.

Frau Petzold sagt, dass Personen, die ein Drogen- oder Alkoholproblem haben, jederzeit das Angebot der Unterstützung und Hilfe durch die Drogenberatung, die psychosoziale Beratung des Rhein-Erft-Kreises oder des „Betreuten Wohnen“ wahrnehmen können. Die Angebotswahrnehmung beruht auf der Freiwilligkeit des Hilfesuchenden.

Ratsherr Weitz (SPD) fragt nach, ob die Nachbesetzung der Stelle von Frau Petzold geregelt ist.

Darüber hinaus möchte er wissen, ob die halbe Stelle ausreichend ist, um die anfallenden Aufgaben voll zu erledigen.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass der Verein SKFM Frechen bisher drei Stellenausschreibungen vorgenommen hat, aber keine/n geeignete/n Bewerber/in auf die Stelle ausfindig machen konnte.

Er gibt bekannt, dass vor drei Wochen eine Einwohnerversammlung im Lupinenweg stattgefunden habe. Hier wurden unter anderem neue Vertreter als Sprecher für die Belange der Bewohnerinnen und Bewohner des Lupinenwegs gewählt, als da sind:

- Frau Fahrenberger
- Frau Molnar
- Herr Keller
- Herr Mörs

Außer Frau Fahrenberger können die gewählten Sprecher, Frau Molnar, Herr Keller und Herr Mörs, erst nach Zustimmung durch den Rat im Ausschuss vereidigt werden.

Sozialdezernent Freytag verteilt Prospekte des Vereins „Nach vorn“ an die Mitglieder. Er werde immer wieder darauf angesprochen, welche Ziele der Verein verfolgt. Der Verein unterstützt mit einer Spende regelmäßig die Beratungsstelle des SKFM, damit dieser Freizeitaktivitäten mit den Bewohnern der Obdachlosenunterkünfte organisieren und durchführen kann.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) bittet um Auskunft zum Aufenthalt ehemaliger junger Bewohnerinnen und Bewohner nach Auszug aus dem Lupinenweg. Sie habe die Befürchtung, dass diese Personengruppe nach Verlassen der Unterkünfte sich wieder selbst überlassen werde und somit auch keine individuelle, nachgehende Betreuung mehr erfahre.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass bei wiederholtem Hilfebedarf die Verwaltung umgehende unterstützende Maßnahmen einleitet. Somit ist eine weitergehende Unterstützung gewährleistet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, bedankt sich Vorsitzender Jung (SPD) bei Frau Petzold für den abgegebenen Bericht und wünscht ihr für die berufliche Zukunft alles Gute.

3. Antrag

3.1 Vorstellung der Arbeit des Gesundheitsamtes des Rhein-Erft-Kreises gegen Alkoholmissbrauch

hier: Antrag der Grünen-Fraktion vom 15.04.2010

Bezug: SoMiA vom 22.04.2010

Vorlagen-Nr.: 31/10 und 31/10 a

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt die Ausführungen des Gesundheitsamtes des Rhein-Erft-Kreises zur Kenntnis.

Vorsitzender Jung (SPD) erteilt Herrn Dr. med. Schuba, Leiter Gesundheitsamt Rhein-Erft-Kreis, das Wort.

Dr. med. Schuba bedankt sich beim Vorsitzenden Jung (SPD) für die Einladung.

Anmerkung der Schriftführerin:

Der Vortrag von Dr. med. Schuba ist dem Anhang der Niederschrift beigelegt.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) bittet Dr. med. Schuba um Auskunft darüber, welchen Einfluss die Kommunen auf die Gesprächsinhalte der Gesundheitskonferenz des Rhein-Erft-Kreises haben.

Dr. med. Schuba sagt, dass die Bürgermeister der Kommunen, entsandt und bestimmt von der Konferenz der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Rhein-Erft-Kreises (hier: Bürgermeisterin Maria Pfordt und Bürgermeister Wilfried Effertz) sowie Vertreter der Kreistagsfraktionen, Vertreterinnen des Arbeitskreises der Gleichstellungsbeauftragten im Rhein-Erft-Kreis, die Zahnärztekammer Nordrhein, Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der freien Wohlfahrtspflege im Rhein-Erft-Kreis, die kassenärztliche Vereinigung Nordrhein, die Apothekerkammer Nordrhein, die Krankenkassen, Vertreter der Krankenhäuser, Selbsthilfegruppen, des sozialpädiatrischen Zentrums Rhein-Erft-Kreis (Anmerkung der Schriftführerin) an der Gesundheitskonferenz teilnehmen. . . .

Die Niederschriften der Gesundheitskonferenz können im Internet nachgelesen werden. In den Konferenzen werden Handlungsempfehlungen ausgesprochen.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt, ob auch in Brühl Themen aus dem Gesundheitssektor diskutiert werden können.

Dr. med. Schuba verweist nochmals auf die Zusammensetzung des Gremiums. Eine direkte, kommunale Einflussnahme auf Diskussionsinhalte sieht er nur über die Konferenz der Bürgermeister des Rhein-Erft-Kreises gegeben.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) will wissen, welches Aufgabenspektrum die Ärzte der verschiedenen Dienste zu erledigen haben.

Dr. med. Schuba antwortet, dass die Ärzte in den Diensten neben der beratenden Funktion auch die Diagnostik wahr- und vornehmen.

Nachdem keine Anfragen an Dr. med. Schuba mehr gestellt werden, erteilt Vorsitzender Jung (SPD) Frau Lüdtk-Glock, Dipl. Pädagogin und Mitarbeiterin des sozial-psychiatrischen Dienstes im Gesundheitsamt Rhein-Erft-Kreis, das Wort.

Frau Lüdtk-Glock teilt mit, dass sie seit zwei Jahren im sozial-psychiatrischen Dienst des Gesundheitsamtes Rhein-Erft-Kreis als Dipl. Pädagogin arbeitet. Sie ist mit 20 Stunden für die Stadt Brühl tätig. Sie arbeitet mit sechs weiteren Sozialarbeitern/-pädagoginnen zusammen. Jede/r Sozialarbeiter/in / -pädagogin hat eine Kommune zu betreuen. Anhand einer PowerPoint-Präsentation stellt sie die Aufgaben des sozial-psychiatrischen Dienstes vor.

Anmerkung der Schriftführerin:

Die Präsentation von Frau Lüdtk-Glock kann nicht der Niederschrift im Anhang beigefügt werden, da sie urheberrechtlich geschützt ist.

Nachdem Frau Lüdtk-Glock ihren Vortrag beendet hat, entwickelt sich eine rege Diskussion und Fragestellung der Mitglieder zum Aufgabengebiet.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) möchte wissen, wo Rat- und Hilfesuchende die Sprechzeiten von Frau Lüdtk-Glock in Erfahrung bringen können.

Frau Lüdtk-Glock teilt mit, dass ihre Sprechzeiten aus der Presse und im Internet entnommen werden können.

Seit kurzer Zeit führt sie einmal wöchentlich jeden Dienstag in der Zeit von 9.00 bis 13.00 Uhr im Familienzentrum des „Haus für Kinder Vochem“, Merseburger Straße 1, ihre Beratung durch.

Alle pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des sozial-psychiatrischen Dienstes sind befugt, Anträge für Therapien zu stellen.

Ihr originärer Dienort befindet sich in Hürth, Friedrich-Ebert-Straße 11.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) vermisst das Thema „Co-Abhängigkeit“.

Frau Lüdtk-Glock teilt mit, dass diesem Thema ein gesonderter Vortrag gewidmet werden müsste, der in diesem Gremium den Rahmen sprengen würde.

Sie sagt, dass in den meisten Fällen die Angehörigen wegen des Leidensdruckes in die Beratung kommen und entsprechende Informationen und Mitteilungen an den sozial-psychiatrischen Dienst geben.

Ratsherr Stilz (CDU) will wissen, welches Angebot der sozial-psychiatrische Dienst in den Obdachlosenunterkünften Lupinenweg vorhält.

Frau Lüdtk-Glock antwortet, dass sie aufgrund des beschränkten Zeitkontingents von 20 Stunden nicht in der Lage ist, nur für Bewohnerinnen und Bewohner des Lupinenwegs beratend tätig zu werden.

Sie sei froh, dass die Zusammenarbeit mit Frau Petzold in der Vergangenheit gut funktioniert habe und diese den/die ein oder andere/n Ratsuchende/n einer Beratung bei ihr zuführen konnte.

Sie plädiert dafür, die bisher vorhandenen, niederschweligen Beratungsangebote langfristig weiter zu erhöhen und auszuweiten, um möglichst viele Rat- und Hilfesuchende zu erreichen.

Ratsherr Weitz (SPD) hakt noch einmal im Punkt „Beratung/Betreuung“ nach und fragt, wer den Betroffenen helfen kann, wenn die vorgehaltenen Hilfen vom sozial-psychiatrischen Dienst nicht umfassend abgedeckt werden können. Er fragt, ob finanzielle Unterstützungsmaßnahmen die Situation ändern könnten.

Sachkundiger Bürger Kirf (CDU) möchte wissen, ob Verbindungen zu ehrenamtlich tätigen Institutionen (z.B. Kirchen, Sportvereinen) bestehen, um niederschwellige Angebote breiter aufzustellen und bekannt zu machen.

Frau Lüdtk-Glock antwortet, dass sie in ihrer Arbeit gut vernetzt sei und entsprechende Angebote in ihrer Beratung auch nutzt.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) sieht die Schwierigkeit der Lösung der Alkoholproblematik einerseits in der Bereitschaft einer Verhaltensänderung des/der Betroffenen, andererseits in dem mangelhaften Nutzen der vorgehaltenen Hilfssysteme und –programme.

Sie möchte weiter von Frau Lüdtk-Glock wissen, weshalb die Beratungen, die von ihr bisher im Rathaus B, Abteilung Jugend, durchgeführt wurden, nun im Familienzentrum Merseburger Straße stattfinden.

Frau Lüdtk-Glock sagt, dass viele Ratsuchende mit der Abteilung Jugend negative Assoziationen (z.B. Kontrolle) entwickeln und herstellen.

Das Familienzentrum dagegen genießt bei den Ratsuchenden eine höhere Akzeptanz im Hinblick auf Wahrung persönlicher Lebensgestaltung und –situation.

Nachdem keine weiteren Fragen mehr an Frau Lüdtk-Glock gestellt werden, bedankt sich Vorsitzender Jung (SPD) bei Dr. med. Schuba und Frau Lüdtk-Glock für die Ausführungen und den Vortrag zum Thema „Alkoholmissbrauch“ und seinen Behandlungsmöglichkeiten.

3. Mitteilungen

4.1 Jahresbericht 2009 der Fachberatungsstelle des SKFM für allein stehende Wohnungslose gem. §§ 67 ff. SGB XII im Rhein-Erft-Kreis Vorlagen-Nr.: 18/04 a

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Jahresbericht 2009 der Fachberatungsstelle für allein stehende Wohnungslose im Rhein-Erft-Kreis zur Kenntnis.

4.2 Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende ab dem 01.01.2011 Vorlagen-Nr.: 28/10

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) bittet um Auskunft darüber, welche Kriterien für die Festlegung einer Option bei Bildung eines Jobcenters sprechen.

Sozialdezernent Freytag erwidert, dass die zu entscheidenden Modellvarianten Vorteile und Nachteile hinsichtlich der Aufgabenwahrnehmung des jeweiligen Leistungsträgers in sich tragen. Diese beziehen sich jeweils auf die Flexibilität, Aufgabenzuständigkeit, Personalgestellung und eigenen Kostenberechnungen der jeweils vorrangigen Arbeitsmodelle. Das Modell der Option scheint insgesamt kostengünstiger.

Der aktuelle Sachstand im Verlauf der politischen Diskussion ist ihm derzeit nicht bekannt. Für NRW könnten fünf bis sieben Optionskommunen neu installiert und gebildet werden. Der Kreistag des Landes NRW setzt sich intensiv für die Option ein und bearbeitet die Kreise dahingehend für dieses Modell einzustehen.

Der Städte- und Gemeindebund sieht das Optionsmodell kritisch.

Eine Entscheidung in der Präferenz wird voraussichtlich am 08.07.2010 vorgenommen.

4.3 1. Demenzwoche im Rhein-Erft-Kreis hier: Auswertung der Zukunftswerkstatt Vorlagen-Nr.: 29/10

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Ratsherr Weitz (SPD) möchte wissen, wie die Thematik weiter vertieft und verankert wird.

Sozialdezernent Freytag kann dazu derzeit keine Aussage machen und will beim Rhein-Erft-Kreis nachfragen.

4.4 Pflegeberatung nach § 4 Landespflegegesetz hier: Beratungsdokumentation vom 01.07. – 31.12.2009 Vorlagen-Nr.: 98/98 f

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

4.5 Tätigkeitsbericht des Behindertenbeauftragten **Vorlagen-Nr.: 40/02 n**

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) fragt nach, inwieweit der Behindertenbeauftragte an Baumaßnahmen (z.B. Pflasterungen Gehwege etc.) mit entsprechenden Stellungnahmen beteiligt wird. Er vermisst dazu einen Vermerk im vorliegenden Bericht.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) will wissen, ob der Behindertenbeauftragte auch gefragt wird und entscheidend mitwirkt bei der Aufnahme eines behinderten Kindes/Jugendlichen in eine Regelschule.

Sozialdezernent Freytag bejaht dieses und gibt bekannt, dass der Behindertenbeauftragte bei Baumaßnahmen nach dem Landesbaugesetz grundsätzlich um eine Stellungnahme anzufragen ist. In Neubauten wird der Vorschlag des Behindertenbeauftragten berücksichtigt.

Ratsherr Weitz (SPD) findet es schade, dass der Beauftragte, Herr Schlerth, im Ausschuss für die Antworten nicht zur Verfügung steht.

Sozialdezernent Freytag erwidert, dass Herr Schlerth in der entsprechenden Arbeitsgemeinschaft anwesend ist. Sollte jedoch der Wunsch der Mitglieder des Ausschusses sein, Herrn Schlerth im Ausschuss persönlich zu befragen, wird dieses selbstverständlich veranlasst.

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) findet es schade, dass die Bürgervereinigung als Initiator des Stadtführers „Menschen mit eingeschränkter Mobilität in Brühl“ im Impressum nicht erwähnt wurde.

4. Anfragen

5.1 Sachstand Mehrgenerationenhaus in Brühl **hier: Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)**

Ratsfrau Niclasen (Grüne) bittet die Verwaltung um Auskunft zum derzeitigen Sachstand des Baus eines Mehrgenerationenhauses in Brühl. Sie will wissen, ob innerhalb der Fachabteilungen der Verwaltung mittlerweile Beratungen zum Projekt stattgefunden haben.

Sozialdezernent Freytag sagt zu, im Ausschuss darüber zu informieren.